Stadtverordnetenversammlung

Protokoll Nr. STV/06/2020

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23.11.2020, Ahrensburg, Eric-Kandel-Gymnasium, Turnhalle, Reesenbüttler Redder 4-10, 22926 Ahrensburg

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 21:20 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Roland Wilde

Stadtverordnete

Frau Carola Behr
Herr Thomas Bellizzi
Herr Oliver Böge
Frau Doris Brandt
Herr Rolf Griesenberg
Herr Timo Hennig
Frau Cordelia Koenig
Herr Markus Kubczigk
Herr Stephan Lamprecht
Herr Detlef Levenhagen
Herr Horst Marzi
Herr Jochen Proske
Herr Bela Randschau
Herr Bernd Röper
Herr Wolfgang Schäfer
Frau Karen Schmick
Herr Christian Schmidt
Herr Erik Schrader
Herr Christian Schubbert-von Hobe
Herr Matthias Stern
Herr Dr. Detlef Steuer
Herr Benjamin Stukenberg

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Tim Grammerstorf Kinder- und Jugendbeirat

Verwaltung

Herr Michael Sarach	
Herr Marcel Grindel	
Herr Dieter Jötten	
Herr Yoshka Reuss	Veranstaltungstechnik S.L.S.
Frau Birgit Reuter	Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Herr Gerhard Bartel
Herr Claas-Christian Dähnhardt
Herr Jürgen Eckert
Herr Peter Egan
Herr Uwe Gaumann
Frau Susanna Hansen
Herr Volkmar Kleinschmidt
Frau Nadine Levenhagen
Frau Susanne Lohmann
Herr Ali Haydar Mercan
Herr Marcus Olszok
Frau Kirstin Schilling
Herr Wolfdietrich Siller
Herr Michael Stukenberg
Frau Silke von Stockum
Herr Nils Warnick
Frau Alessandra Wolf

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1.	Begrüßung und Eröffnung der Sitzung	
2.	Feststellung der Beschlussfähigkeit	
3.	Einwohnerfragestunde	
4.	Festsetzung der Tagesordnung	
5.	Einwände gegen die Niederschrift Nr. 05/2020 vom 26.10.2020 - vertagt -	
6.	Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters	
6.1.	Berichte gem. § 45 c GO	
6.2.	Sonstige Berichte/Mitteilungen	
6.2.1.	Finanzbericht Nr. 12/2020	
6.2.2.	Erstattung pandemiebedingter Aufwendungen	
6.2.3.	Verpflichtung des Tragens einer Mund-Nasen-Bedeckung	
6.2.4.	Projekt Umkleidehaus Stormarnplatz	
7.	Antrag der SPD-Fraktion auf Umbesetzung von Ausschüssen	**AN/083/2020**
8.	4. Änderungssatzung zur Hauptsatzung	**2020/133**
9.	Bildung eines Bürgermeisterwahlausschusses für die Bürgermeisterwahl 2021/2022	**2020/134**
10.	Satzung der Stadt Ahrensburg über die Benutzung ihrer Kindertageseinrichtungen und die Erhebung von Elternbeiträgen	**2020/076**
11.	Satzung zur Aufnahme der Kinder in die und zum Betrieb der Kindertageseinrichtungen der Stadt Ahrensburg (Aufnahme- und Benutzungssatzung)	**2020/077**
12.	Wirtschaftsplan 2021 für die Stadtbetriebe Ahrensburg - Teilwirtschaftsplan Stadtentwässerung - Teilwirtschaftsplan Bauhof - Gesamtwirtschaftsplan	**2020/120**

13.	18. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Ahrensburg über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abwasserbeseitigung (Beitrags- und Gebührensatzung)	**2020/121**
14.	Neufassung der Hundesteuersatzung	**2020/125**
15.	Neufassung der Vergnügungssteuersatzung	**2020/127**
16.	Jahresabschluss 2019 der Stadt Ahrensburg und Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes	**2020/128**
17.	Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Geschwisterregelung Hort/OGS	**AN 082/2020**
18.	Spendenannahme für das Weihnachtshilfswerk 2020	**2020/122**
19.	Gemeinsame/r Datenschutz- und IT-Sicherheitsbeauftragte/r – Abschluss eines zweiten öffentlich-rechtlichen Vertrages –	**2020/132**

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Bürgervorsteher Wilde begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Diese Sitzung findet aufgrund der Corona-Pandemie im Einvernehmen der Fraktionen im Pairing-Verfahren statt.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgervorsteher Wilde stellt die Beschlussfähigkeit fest.

3. Einwohnerfragestunde

Bürgermeister Sarach beantwortet die von Herrn Schröter schriftlich eingegangenen Fragen zu dieser Sitzung der Stadtverordnetenversammlung. Das Antwortschreiben ist als **Anlage** beigefügt.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Dem Antrag auf Vertagung des Tagesordnungspunktes 5 „Einwände gegen die Niederschrift Nr. 05/2020 vom 26.10.2020“ wird einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Die Stadtverordneten stimmen anschließend der mit Einladung vom 10.11.2020 versandten Tagesordnung mit wie vorgenannter Änderung einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 05/2020 vom 26.10.2020

— v e r t a g t —

6. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

6.1. Berichte gem. § 45 c GO

— k e i n e —

6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

6.2.1. Finanzbericht Nr. 12/2020

Die Verwaltung erläutert den Finanzbericht Nr. 12/2020 (siehe **Anlage).**

Stadtverordneter D. Levenhagen von der CDU-Fraktion erklärt, dass sich die Kassenlage wesentlich besser entwickelt habe als absehbar. Durch die Beschlussfassung zum Stadtgeld habe somit keine Verschuldung der Stadt stattgefunden.

6.2.2. Erstattung pandemiebedingter Aufwendungen

Die Verwaltung berichtet, dass Finanzmittel zur Reduzierung von Verlusten in dem Bereich des Einzelhandels und ähnlichen Einrichtungen aufgrund der Corona-Pandemie in Höhe von 85.000 € von der Stadt zur Verfügung gestellt worden sind. Von den zur Verfügung gestellten 85.000 € sind bisher 41.000 € als erstattungsfähig anerkannt worden. Der Etat ist noch nicht ausgeschöpft; es könne weitere Werbung erfolgen.

6.2.3. Verpflichtung des Tragens einer Mund-Nasen-Bedeckung

Bürgermeister Sarach führt aus, dass vermehrt Hinweise auftreten, dass im innerstädtischen Bereich die Verpflichtung des Tragens einer Mund-Nasen-Bedeckung nicht eingehalten wird. Die Überwachung erfolgt zurzeit durch die Kräfte des Ordnungsdienstes. Eine Überwachung durch Hinzuziehung externer Dienste ist insoweit problematisch, dass diese keine Bußgelder verhängen dürfen, sondern ausschließlich die Sensibilisierung der Menschen ermöglichen. Er kündigt in diesem Zusammenhang an, dass er mit dem Nachtragsstellenplan die Verstärkung des Ordnungsdienstes in die politische Diskussion einbringen möchte.

6.2.4. Projekt Umkleidehaus Stormarnplatz

Bürgermeister Sarach teilt mit, dass der Zeitplan für das Projekt Umkleidehaus Stormarnplatz nicht mehr eingehalten werden kann.

Die Ausschreibung müsste aufgehoben werden, da die Ausschreibungsergebnisse mit insgesamt 2,12 Mio. € Baukosten deutlich über die im Haushaltsplan zur Verfügung gestellten Mittel liegen. Alternativ-Planungen mit Kosteneinsparungen werden aufgestellt, z. B. Umkleidehaus ohne Keller, alternativ Anmietung von Containern.

AN/083/2020

7. Antrag der SPD-Fraktion auf Umbesetzung von Ausschüssen

Die SPD-Fraktion beantragt, Herrn Gerhard Bartel in den Bau- und Planungsausschuss und in den Umweltausschuss als Stadtverordneten zu wählen. Herr Gerhard Bartel war Bürgerliches Mitglied und ist aufgrund des Ausscheidens des Stadtverordneten Plässer als Stadtverordneter nachgerückt.

Die Stadtverordneten stimmen dem Antrag der SPD-Fraktion (AN/083/2020) der Wahl des Herrn Gerhard Bartel in den Bau- und Planungsausschuss und in den Umweltausschuss einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

8. 4. Änderungssatzung zur Hauptsatzung

Der Sachvortrag entfällt.

Stadtverordneter B. Stukenberg erklärt im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen grundsätzlich einer Videokonferenz bei einer Gremiensitzung und einer Echtzeitübertragung der Sitzung in einem öffentlich zugänglichen Raum zustimmen wird. In dem Raum könnten die Besucher auf Abstand sitzen, jedoch würden - wie zurzeit bei Gremiensitzungen gehandhabt - Video- und Tonbandaufnahmen der Stadtverordneten nicht zulässig sein. Einer Liveübertragung einer Gremiensitzung in das Internet stimmt Bündnis 90/Die Grünen nicht zu, da es jederzeit die Möglichkeit gebe, Redebeiträge mitzuschneiden, aus dem Zusammenhang zu reißen und für politische Zwecke zu missbrauchen. Dies bedeute eine Gefahr, wie auch von Rechtsextremisten bereits getätigt, mit Diffamierungen, Hetze und im schlimmsten Fall einer Endung in Gewalttaten. Er beantragt deshalb im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Art. 1 Abs. 1 Ziff. 5 des Entwurfes der 4. Änderungssatzung der Hauptsatzung wie folgt zu streichen: „oder eine vergleichbare Einbindung über Internet“.

Stadtverordneter Randschau von der SPD-Fraktion stimmt den Ausführungen des Stadtverordneten B. Stukenberg von Bündnis 90/Die Grünen zu. Er könne die Voraussetzung einer Internetübertragung bei Videokonferenzen von Gremiensitzungen nicht nachvollziehen, zumal bei Sitzungen der Gremien der Sicherheitsgedanke sehr hochgradig und Lichtbilder ausschließlich mit Zustimmung der Stadtverordneten gefertigt werden dürften. Er weist darauf hin, dass es sich bei den Kommunalpolitikern um keine Berufspolitiker mit einer Unterstützung durch einen Mitarbeiterstamm bzw. entsprechenden Juristen handele. Er hält die Regelung des Landtages für nicht vertretbar.

Stadtverordneter D. Levenhagen von der CDU-Fraktion weist darauf hin, dass eine Videokonferenz mit Internetübertragung das letzte Mittel zur Durchführung von Gremiensitzungen sei und nicht gängige Praxis. Es ist für den Fall gedacht, dass aufgrund z. B. der Pandemie eine Präsenzveranstaltung unmöglich ist. Eine derartige Notlösung und somit Umsetzung einer Videokonferenz bei Gremiensitzungen sei unwahrscheinlich.

Stadtverordneter Röper von der CDU-Fraktion erklärt, dass die Auffassung von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Fraktion nachvollziehbar sei. Würden im absoluten Notfall ausschließlich die Fraktionsvorsitzenden zu Abstimmung von Beschlüssen tagen, würde dies jedoch auch „zur Hetze“ führen, wie auch Sitzungen in geschlossenen Räumen. Eine erhöhte Transparenz der Gremiensitzungen sei für ihn höherrangiger als die Befürchtung einer Hetze im Internet. Er schlägt vor, die jeweilige Sitzung wie vorgeschrieben im Livestream im Ausnahmefall zu übertragen, aber auch die Sitzung aufzunehmen und diese Aufnahme vollständig ins Netz zu stellen. Somit habe die Öffentlichkeit die Möglichkeit diese Sitzung auch bei Verfälschung eines Mitschnitts im Internet nachzuverfolgen.

Stadtverordneter Schrader von der Fraktion DIE LINKE. kann die Einwendungen der SPD-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen nachvollziehen, betrachtet jedoch die Durchführung von Video-Konferenzen bei Gremiensitzungen als absolute Ausnahme. Man sollte digital arbeitsfähig sein, wenn es in einer Notsituation erforderlich sei.

Stadtverordneter Bellizzi von der FDP-Fraktion spricht sich für die Durchführung von Video-Konferenzen bei Gremiensitzungen mit einer Internetübertagung aus. Mit der Durchführung von Video-Konferenzen könne sichergestellt werden, dass auch bei steigenden Infektionszahlen Gremien weiter arbeitsfähig sind. Die Durchführung von Video-Konferenzen sei als Chance für die Zukunft zu sehen, auch um andere Bevölkerungsschichten anzusprechen. Es bestehe jetzt die Möglichkeit, sich diesbezüglich weiterzuentwickeln. Mit einer Transparenz über das Internet sollte man offen umgehen. Stadtverordneter Bellizzi wird der Änderung der Hauptsatzung zustimmen.

Stadtverordneter Dr. Steuer von der WAB-Fraktion teilt die Bedenken der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Er schlägt vor, dass die Aufnahmen der Gremiensitzungen bei der Stadt im Original einzusehen seien; offizielle Kopien müssten vorliegen. Im Rahmen der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung zur Durchführung von Videokonferenzen bei Gremiensitzungen sollten einerseits die Persönlichkeitsrechte der Stadtverordneten aber auch das Transparenzgebot berücksichtigt werden.

Es folgen weitere Wortbeiträge durch Stadtverordnete Schubbert-von Hobe, B. Stukenberg, Schmick, Röper und Stern.

Stadtverordneter Röper beantragt eine Unterbrechung der Sitzung von fünf Minuten.

Dem Antrag auf Unterbrechung der Sitzung stimmen die Stadtverordneten einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Bürgermeister Sarach erklärt, dass ein Beschluss über die Zustimmung zum Antrag von Bündnis 90/Die Grünen § 35 a Abs. 5 der Gemeindeordnung widerspricht, somit der Beschluss rechtswidrig ist und er gemäß § 43 Abs. 1 Gemeindeordnung widersprechen wird. § 35 a Abs. 5 GO sieht „eine Echtzeitübertragung oder eine vergleichbare Einbindung der Öffentlichkeit über Internet“ vor.

Nach Unterbrechung der Sitzung wird über den Antrag des Stadtverordneten B. Stukenberg von Bündnis 90/Die Grünen in Art. 1 Abs. 1 Ziff. 5 der Hauptsatzung „oder einer vergleichbare Einbindung über Internet“ zu streichen wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: 21 dafür
1 dagegen
1 Enthaltung

Dem Antrag ist somit zugestimmt.

Anschließend wird der 4. Änderungssatzung zur Hauptsatzung vom 30.10.2014 gemäß Anlage 1 der Vorlagen-Nr. 2020/133 unter Berücksichtigung der wie vor aufgeführten Änderung zugestimmt:

Abstimmungsergebnis:	**21**	**dafür**
	1	**dagegen**
	1	**Enthaltung**

2020/134

9. Bildung eines Bürgermeisterwahlausschusses für die Bürgermeisterwahl 2021/2022

Auf einen Sachvortrag wird verzichtet.

Anschließend wird wie folgt abgestimmt:

„Die Mitglieder des Bürgermeisterwahlausschusses für die Bürgermeisterwahl 2021/2022 werden - wie in der Vorlage Nr. 2020/134 und der dazugehörenden nicht öffentlichen Anlage dargestellt - gewählt."

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

2020/076

10. Satzung der Stadt Ahrensburg über die Benutzung ihrer Kindertageseinrichtungen und die Erhebung von Elternbeiträgen

Auf ein Sachvortrag wird verzichtet.

Stadtverordneter Schrader von der Fraktion DIE LINKE. erklärt, dass diese dem Beschlussvorschlag aufgrund deren Kritik gegenüber den „Randzeiten“ nicht zustimmen wird.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten über den nachfolgenden Beschlussvorschlag ab:

„Die der Vorlagen-Nr. 2020/076 beiliegende Satzung der Stadt Ahrensburg über die Benutzung ihrer Kindertageseinrichtungen und die Erhebung von Elternbeiträgen **(Anlage)** wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis: **21 dafür**
1 dagegen
1 Enthaltung

2020/077

11. Satzung zur Aufnahme der Kinder in die und zum Betrieb der Kindertageseinrichtungen der Stadt Ahrensburg (Aufnahme- und Benutzungssatzung)

Auf einen Sachvortrag wird verzichtet.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem wie nachfolgend aufgeführten Beschlussvorschlag zu:

„Die der Vorlagen-Nr. 2020/077 beiliegende Satzung zur Aufnahme der Kinder in die und zum Betrieb der Kindertageseinrichtungen der Stadt Ahrensburg wird beschlossen."

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

2020/120

12. Wirtschaftsplan 2021 für die Stadtbetriebe Ahrensburg
- Teilwirtschaftsplan Stadtentwässerung
- Teilwirtschaftsplan Bauhof
- Gesamtwirtschaftsplan

Auf einen Sachvortrag wird verzichtet.

Anschließend stimmten die Stadtordneten dem nachfolgenden Beschlussvorschlag zu:

„1. Der anliegende Entwurf des Teilwirtschaftsplans 2021 für den Betriebszweig **Stadtentwässerung** wird mit den Kennzahlen der Zusammenstellung gemäß der Anlage 1, Seite 1 der Vorlagen-Nr. 2020/120 beschlossen.

2. Der anliegende Entwurf des Teilwirtschaftsplans 2021 für den Betriebszweig **Bauhof** wird gemäß der Anlage 2, Seite 1 der Vorlagen-Nr. 2020/120 beschlossen.

3. Der anliegende Entwurf des Wirtschaftsplans 2021 für die Stadtbetriebe Ahrensburg, **Gesamtbetrieb**, wird der Anlage 3, Seite 1 der Vorlagen-Nr. 2020/120 beschlossen."

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür**

2020/121

13. 18. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Ahrensburg über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abwasserbeseitigung (Beitrags- und Gebührensatzung)

Auf einen Sachvortrag wird verzichtet.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2020/121 wie folgte zu:

„Die 18. Änderungssatzung der Satzung der Stadt Ahrensburg über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abwasserbeseitigung (Beitrags- und Gebührensatzung) wird mit den ausgewiesenen Gebührensätzen gemäß Anlage der Vorlagen-Nr. 2020/121 beschlossen."

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

2020/125

14. Neufassung der Hundesteuersatzung

Stadtverordneter Proske von der SPD-Fraktion stellt nachfolgenden Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, „die als **Anlage** beigefügte Satzung der Stadt Ahrensburg über die Erhebung einer Hundesteuer wird wie folgt geändert:

§ 4 Steuermaßstab und Steuersatz

(1) Die Steuer beträgt
für ein Kalenderjahr für den ersten Hund 80 €,
für den zweiten Hund 100 €,
für jeden weiteren Hund 130 €,
für jeden gefährlichen Hund 480 €.“

Die Stadtverordneten stimmen dem Antrag der SPD-Fraktion - wie vor aufgeführt - einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Die Stadtverordneten stimmen anschließend dem nachfolgenden Beschlussvorschlag zu:

„Der als Anlage der Vorlage Nr. 2020/125 beigefügten Satzung der Stadt Ahrensburg über die Erhebung einer Hundesteuer wird unter Berücksichtigung des wie vor aufgeführten zugestimmten Antrags zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

2020/127

15. Neufassung der Vergnügungssteuersatzung

Auf einen Sachvortrag wird verzichtet.

Anschließend wird über den nachfolgenden Beschlussvorschlag abgestimmt:

„Der als Anlage der Vorlagen-Nr. 2020/127 beigefügten Satzung der Stadt Ahrensburg über die Erhebung einer Vergnügungssteuer für das Halten von Spiel- und Geschicklichkeitsgeräten wird zugestimmt."

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

16. Jahresabschluss 2019 der Stadt Ahrensburg und Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes

Die Präsentation des Fachbereiches I **(Anlage 1)** sowie des Rechnungsprüfungsamtes **(Anlage 2)** sind der Niederschrift beigefügt.

Stadtverordneter Schäfer von der FDP-Fraktion verweist auf weiterhin hohe Investitionsausgaben wie z. B. auf den Sanierungsstau bei Straßen, Einrichtung von offenen Ganztagsschulen bei den Grundschulen, Schulerweiterungsmaßnahmen, Freizeitbad, Rathauserweiterung, Stormarnplatz unter Einbeziehung der Tiefgarage, Investitionen im Rahmen des Sportentwicklungsplanes etc. Die Digitalisierung in der Verwaltung ist voranzutreiben, auch hierfür entstehen erhebliche Kosten. Er bedankt sich beim Rechnungsprüfungsamt, insbesondere die Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes Frau Niemann, dass ohne externe Hilfe der Prüfbericht erstellt worden ist und der Bestätigung ohne Einschränkung.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem nachfolgenden Beschlussvorschlag zu:

„1. Der Jahresabschluss 2019 der Stadt Ahrensburg wird gemäß § 95 n GO wie folgt beschlossen:

- mit der Bilanzsumme von 221.823.535,34 €
- in der Ergebnisrechnung mit
  - Erträgen von 82.443.009,37 €
  - Aufwendungen von 77.460.641,92 €

  und somit einem Jahresüberschuss von 4.982.367,45€
- in der Finanzrechnung mit
  - Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit von 78.574.180,24 €
  - Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit von 68.144.695,96 €
  - Einzahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit von 7.460.935,30 €

    und
  - Auszahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit von 17.930.596,84 €

Der Jahresüberschuss 2019 in Höhe von 4.982.367,45 € wird mit 3.982.367,45 € der Allgemeinen Rücklage (Stand 31.12.2019: rd. 96,22 Mio. €) und mit 1.000.000,00 € der Ergebnisrücklage (Stand 31.12.2019: rd. 30,81 Mio. €) zugeführt.

2. Der Jahresabschluss 2019 – Städtebauförderung – der Stadt Ahrensburg wird gemäß § 95 n GO wie folgt beschlossen:

- mit der Bilanzsumme von 8.927.979,83 €
- in der Ergebnisrechnung mit
  - Erträgen von 23.900,24 €
  - Aufwendungen von 1.318,75 €

und somit einem Jahresüberschuss von 22.581,49 €

- in der Finanzrechnung mit
  - Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit von 1.680,00 €
  - Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit von 1.842,41 €
  - Einzahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit von 845.388,00 €

    und
  - Auszahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit von 607.429,44 €

Der Jahresüberschuss 2019 (SBF) in Höhe von 22.581,49 € wird mit 16.581,49 € der Allgemeinen Rücklage (Stand 31.12.2019: rd. 13 T€) und mit 6.000,00 € der Ergebnisrücklage (Stand 31.12.2019: rd. 4 T€) zugeführt.“

3. Der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

AN 082/2020

17. Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Geschwisterregelung Hort/OGS

Die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellen folgenden gemeinsamen Antrag (AN/082/2020):

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: Die Geschwisterermäßigung wird weiterhin auf Kinder der Ahrensburger Offenen Ganztagsschulen im Grundschulbereich ausgedehnt, bis der Kreis Stormarn eine endgültige Entscheidung zur Kostenübernahme getroffen hat. Im 3. Nachtragshaushalt werden deshalb für das Jahr 2021 370.000 € bereitgestellt, um Zahlungen ab 01.01.2021 sicherzustellen."

Stadtverordneter Dr. Steuer erklärt, dass die WAB-Fraktion die finanziellen Risiken als zu hoch halte und deswegen gegen den Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimmen werde. Die WAB-Fraktion teilt jedoch das Ziel, die Eltern zu entlasten.

Stadtverordneter Proske stellt im Namen der SPD-Fraktion nachfolgenden Änderungsantrag zum gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (AN/082/2020):

„Im ersten Satz wird geändert: Die Geschwisterermäßigung wird auf Kinder der Ahrensburger Offenen Ganztagsschulen im Grundschulbereich beendet bis der Kreis Stormarn eine endgültige Entscheidung zur Kostenübernahme getroffen hat, befristet bis maximal 31.12.2021."
Die Eltern sollten augenblicklich „nicht im Regen stehen gelassen werden", deswegen wird die SPD-Fraktion dem gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zustimmen. Die SPD-Fraktion sieht die Verantwortung für diese Finanzierung jedoch beim Kreis und beim Land. Es sollte ein Zeichen gesetzt werden, dass die Stadt Ahrensburg nicht dauerhaft für Kreis und Land finanziell eintritt, sondern dass Kreis und Land auch ihren Verpflichtungen nachkommen.

Stadtverordneter Schubbert-von Hobe von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen führt aus, dass der Antrag eingereicht worden sei, weil man sich in der Verantwortung der Eltern sehe. Es sei nicht gewollt, dass für die Eltern entscheidend sei, auf welche Schule das Kind gehe, Schule mit Hort oder Schule mit OGS. Seit Gründung der OGS seien die Kosten übernommen worden. In der Annahme, dass der Kreis eine solche Beschlussvorlage herbeiführen werde, sehe er keinen Anlass, dem Antrag der SPD-Fraktion zuzustimmen. Einer Finalisierung bis zum 31.12. stimmt er ebenfalls nicht zu, da er davon ausgehe, dass der Kreis es schaffe, in den nächsten zwölf Monaten eine endgültige Beschlussfassung herbeizuführen. Dies sei automatisch die Beendigung dieses Antrages. Er sieht keine Notwendigkeit, die Änderungen in dem Antrag aufzunehmen.

Nach weiteren Wortbeiträgen durch Stadtverordnete D. Levenhagen und Proske wird wie folgt über den nachfolgenden Änderungsantrag der SPD-Fraktion zu dem gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgestimmt:

„Die Geschwisterermäßigung wird auf Kinder der Ahrensburger Offenen Ganztagsschulen im Grundschulbereich beendet, bis der Kreis Stormarn eine endgültige Entscheidung zur Kostenübernahme getroffen hat, befristet bis maximal 31.12.2021."

Abstimmungsergebnis:	**12**	**dafür**
	10	**dagegen**
	1	**Enthaltung**

Der Antrag ist somit angenommen.

Anschließend wird über den Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Geschwisterermäßigung Hort/OGS unter Berücksichtigung des wie vor aufgeführten zugestimmten Antrags abgestimmt: „Die Geschwisterermäßigung wird auf Kinder der Ahrensburger Offenen Ganztagsschulen im Grundschulbereich ausgedehnt, bis der Kreis Stormarn eine endgültige Entscheidung zur Kostenübernahme getroffen hat, befristet bis maximal 31.12.2021. Im 3. Nachtragshaushalt werden deshalb für das Jahr 2021 370.000 € bereitgestellt, um Zahlungen ab 01.01.2021 sicherzustellen."

Abstimmungsergebnis:	**21**	**dafür**
	2	**Enthaltungen**

2020/122

18. Spendenannahme für das Weihnachtshilfswerk 2020

Auf einen Sachvortrag wird verzichtet.

Die Stadtverordneten stimmen anschließend dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2020/122 wie folgt zu.

„Für das Weihnachtshilfswerk 2020 werden über einen öffentlichen Aufruf und Anschreiben an potentielle Spendengeber Geldspenden gesammelt.
Die Geldspenden werden entsprechend der Entscheidung des Kuratoriums und des städtischen Sozialdienstes an bedürftige Ahrensburger Familien und Einzelpersonen verteilt“.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Anmerkung der Verwaltung:

Im Sachverhalt der Beschlussvorlage ist erwähnt, dass die Haushalte neben den Geldzuwendungen zusätzlich ein weihnachtlich gepacktes Geschenk mit Kaffee und Süßigkeiten erhalten.

*Aufgrund der Corona-Pandemie wird für 2020 hierauf verzichtet. Grund hierfür ist, dass die Mitarbeiter*innen der Verwaltung vermeidbaren Kundenkontakt nicht ausgesetzt werden sollen und wir auch diejenigen, die ansonsten in die Verwaltung kämen, um die Geschenke abzuholen, schützen möchten. Anstelle der zusätzlichen Geschenke wird im Rahmen des Spendenaufkommens versucht, weiteren Haushalten Geld zukommen zu lassen.*

Die Geldzuwendungen werden erstmals unbar ausgezahlt. In der Kontaktaufnahme mit den Haushalten wird darauf verwiesen, dass nach Abflachen der Corona-Pandemie der Fachdienst II.4 auch wieder für persönliche Gespräche außerhalb von dienstlichen Angelegenheiten zur Verfügung stehen wird.

Die beteiligten Wohlfahrtsverbände entscheiden eigenverantwortlich, ob sie die Gelder an Ihre Spendenempfänger persönlich oder unbar auszahlen.

2020/132

19. Gemeinsame/r Datenschutz- und IT-Sicherheitsbeauftragte/r – Abschluss eines zweiten öffentlich-rechtlichen Vertrages –

Auf einen Sachvortrag wird verzichtet.

Die Stadtverordneten stimmen anschließend dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2020/132 der wie folgt laut zu:

„Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Abschluss eines zweiten öffentlich-rechtlichen Vertrages mit sechs Kommunen des Kreises Stormarn zur Ausweitung der bestehenden Kooperation im Bereich Datenschutz und sowie im neuen Bereich IT-Sicherheit zu."

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

gez. Roland Wilde
Vorsitzender

gez. Birgit Reuter
Protokollführerin